


4. Landesgesundheitskonferenz Baden-Württemberg, 19.10.2016		
TOP 3	Sektorenübergreifende Versorgung in Baden-Württemberg	

A. Sachverhalt

Neben der Akutversorgung der Bevölkerung besteht die wohl wichtigste Aufgabe der Gesundheitsversorgung künftig in einer adäquaten und bedarfsgerechten Versorgung von chronisch und mehrfach erkrankten Patienten in einer älter werdenden Bevölkerung. Heute wie auch zukünftig wird eine Zusammenarbeit von Leistungserbringern sowohl im intersektoralen Bereich (ambulant/stationär) als auch intrasektoral (z.B. zwischen Haus- und Fachärzten) immer wichtiger. Durch ein effektives Schnittstellenmanagement und durch Konzepte, in denen unterschiedliche Gesundheitsprofessionen aus verschiedenen Leistungsbereichen die Versorgung gemeinsam planen und durchführen, soll die Qualität und Kontinuität der Versorgung verbessert und auf den einzelnen Patienten besser abgestimmt werden. Die Koordination der Versorgung wird dabei zum leitenden Prinzip. Im Rahmen einer sektorenübergreifenden Konzeption müssen hausärztliche, ambulante und stationäre fachärztliche sowie pflegerische Behandlungsleistungen mit Angeboten zur Prävention und Gesundheitsförderung, zur Rehabilitation, zur Arzneimittelversorgung sowie mit Leistungen von sozialen Einrichtungen, Patientenorganisationen und ehrenamtlichen Strukturen sinnvoll verzahnt werden. Der Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention soll hierbei gestärkt werden und zukünftig gleichberechtigt neben der medizinischen Versorgung und der Pflege stehen.

Das Ministerium für Soziales und Integration beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung schon in vielfältiger Weise. Dabei steht perspektivisch insbesondere die Weiterentwicklung einer am tatsächlichen Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientierten Krankenhausplanung auf der Agenda, da diese in der originären Zuständigkeit des Landes liegt.

Aktuell fördert das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg seit Januar 2016 über einen Zeitraum von zwei Jahren ein Modellprojekt zur sektorenübergreifenden Versorgung. Das wissenschaftlich begleitete Projekt besteht aus zwei zusammenhängenden Teilprojekten und wird flankiert von Bürgerdialogen. Ziel des Modellprojektes ist es, durch den Aufbau einer Datenbank zur sektorenübergreifenden Versorgung auf Landes-

ebene und für die Stadt- und Landkreise sowie durch die Erarbeitung eines sektoren- und kreisübergreifenden Versorgungskonzeptes in der Modellregion Südwürttemberg (Reutlingen, Biberach, Ravensburg), Parameter für eine – langfristig – sektorenübergreifende Versorgungsplanung zu definieren. Aus dem Projekt gewonnene Erfahrungen und Parameter sollen anschließend auch anderen Regionen zur Weiterentwicklung ihrer Versorgungsstrukturen zur Verfügung stehen. Auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes Sektorenübergreifende Versorgung soll ein Überblick über die gesamten, vorhandenen Versorgungsstrukturen gegeben werden. Dadurch wird ein Abgleich der vorhandenen Strukturen sowohl mit dem derzeitigen als auch mit dem zukünftigen Versorgungsbedarf ermöglicht und Versorgungsdefizite und -potenziale können aufgezeigt werden.

Des Weiteren fördert das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg ein Modellprojekt zur ambulanten Versorgung in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg (Schwarzwald-Baar-Kreis, Tuttlingen, Rottweil). Hierbei soll ein Konzept für lokal angepasste Gesundheitszentren oder andere Kooperationsmodelle entwickelt werden.

B. Beschluss

1. Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt die Durchführung der Modellprojekte zur sektorenübergreifenden und ambulanten Versorgung.
2. Die Landesgesundheitskonferenz bittet das Ministerium für Soziales und Integration unter Einbindung des Sektorenübergreifenden Landesausschusses, Eckpunkte für die zukünftige Versorgungsstruktur in Baden-Württemberg mit den relevanten Akteuren sowie den Patientinnen und Patienten zu erarbeiten und die Ergebnisse der beiden dargestellten Modellprojekte einzubeziehen.
3. Die Landesgesundheitskonferenz bittet das Ministerium für Soziales und Integration, bei der nächsten Landesgesundheitskonferenz über die Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden Versorgung in Baden-Württemberg zu berichten.

Einstimmige Beschlussfassung